



Land in Sicht?! Jugend in strukturschwachen ländlichen Räumen

**Abschlusstagung des DJI-Projekts "Jugend im Blick - Regionale
Bewältigung demografischer Entwicklungen"**

Forum 1 Jugend und Demografie – Im Bermudadreieck der Zuständigkeiten



Die Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer

Dr. Birgit Reißig
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Außenstelle Halle

Fragestellung

- **Welche Aktivitäten und Netzwerkstrukturen bestehen im Handlungsfeld „Jugend und Demografie“ in den Untersuchungsregionen?**
- **Was sind die Forderungen der lokalen Akteure an die Landes- und der Bundesebene?**

Datengrundlage

Experteninterviews

Befragte aus den Bereichen

Jugendamt

Schule

Freie Träger

Regional-
entwicklung

Einzelakteure

Befunde zur Vernetzung

„...eine verbindende Netzwerkinstanz. Also jemand, der – das ist das, was ich meinte - der mit viel Engagement den ganzen Tag sich nur um diese Themen kümmern kann, und dort eben die Leuchttürme und Institutionen zusammenbringen kann. Das wünsche ich mir.“

„Ja, wie gesagt, bei der Übersichtlichkeit der Leute sagt man ja auch immer „Immer die gleichen Verdächtigen“.

Befunde zur Vernetzung - zentrale Akteure



Befunde zur Vernetzung – Typologie der lokalen Vernetzung

		Netzwerk-Tiefe	
		Hoch	Niedrig
Netzwerk-Dichte	Hoch	Entwickeltes Netzwerk	Insider-Netzwerk
	Niedrig	Gelegenheits-Netzwerk	Sporadisches Netzwerk

Qualitative Befunde

- **Konkurrenz** zwischen Akteuren erschwert Vernetzungsbemühungen – z.B. unter benachbarten Landkreisen
- Bedarf an **Koordination** für Netzwerkarbeit im Landkreis
- Gemeinsame **Ziele** und die Teilnahme **Modellprogrammen** kann Vernetzung voranbringen
- In vielen Landkreisen sind vormals **projektbezogen koordinierte** Netzwerke nach Ende der Laufzeit zerfallen
- Akteure der **Zivilgesellschaft** nehmen in verschiedenen Netzwerken ein wichtiges Bindeglied zwischen den Sektoren Soziale Arbeit, Verwaltung und Bildung ein
- **Jugendvertreter(innen)** werden nur selten in Netzwerke eingebunden

Befunde zur Aufgabenzuschreibung Bund, Land, Kommune

Verantwortungszuschreibung

Bund	<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Jugendarbeit • Bundeskinderschutzgesetz • Bundesfreiwilligendienst 	<ul style="list-style-type: none"> • Duales Ausbildungssystem • Hochschulzulassung und -abschlüsse • Ausbildungs- und Arbeitsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Internet- und Netzpolitik • Straßenbau, Schienenverkehr
Land	<ul style="list-style-type: none"> • Schulsozialarbeit • Sozialarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Schulische Bildung • Hochschule • Frühkindliche Bildung 	
Landkreis/ Kommune	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendarbeit • Frühe Hilfen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterhalt von Kindergärten und Horten • Schulträgerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlicher Nahverkehr, Schülertransport • Gewerbeansiedlung
	Nonformale und informelle Bildung, JH	Institutionalisierte Bildung	Infrastruktur/ Wirtschaftsförderung

Befunde zur Aufgabenzuschreibung Bund, Land, Kommune

Rückmeldungen zu bundesgesetzlichen Regelungen

- Beachtung von Blinden Flecken → Durchreichung von Aufgaben → z.B. Pfändungsfreigrenzen, Bundeskinderschutzgesetz, Ein-Euro Jobber
- Handlungsbedarfe bei Breitbauausbau, Liberalisierung der Zuwanderung, Ausbildungsförderung

Befunde zur Aufgabenzuschreibung Bund, Land, Kommune

Ordnungs- und Steuerungsfunktion

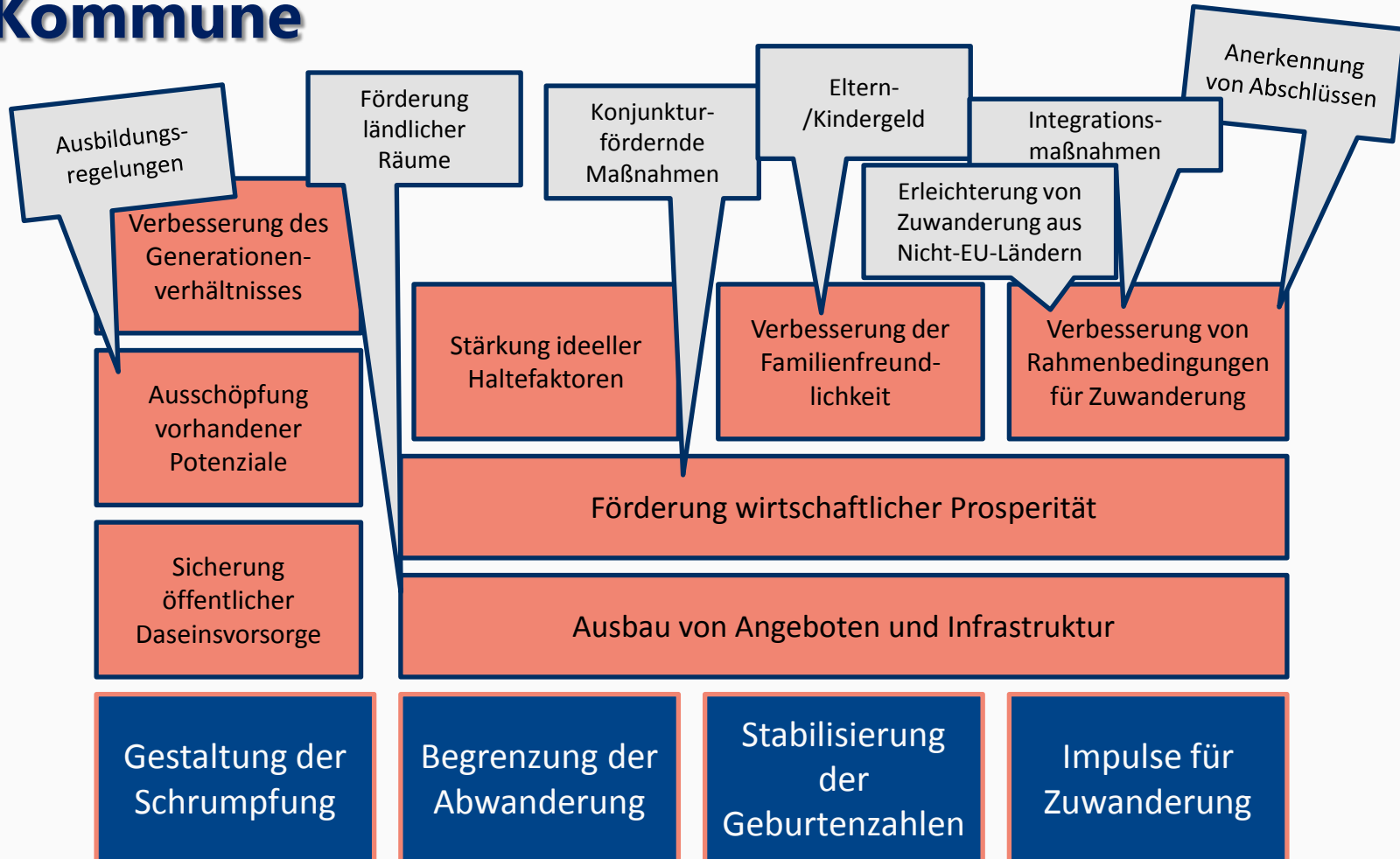
- Regelung des Interessengegensatzes Zentrum - Peripherie - Ausgleich der Nachteile ländlicher Räume durch höhere Finanzausweisungen
- Strategische Richtungsvorgaben von Bundesseite gefordert
- Fehlende Unterstützungs- und Beratungsstrukturen im Handlungsfeld Demografie

Befunde zur Aufgabenzuschreibung Bund, Land, Kommune

Ausgestaltung von Bundesprogrammen

- Anlassbezogene Förderpolitik widerspricht kommunalem Kontinuitätsbedürfnis
- Zu viel Bürokratie behindert Antragstellung und bindet unnötig Kapazitäten
- Mehr Flexibilität für lokale Sonderbedingungen
- Bedingungen in ländlichen Räumen zu wenig berücksichtigt - Ganztagschulförderung, Bildung und Teilhabe

Befunde zur Aufgabenzuschreibung Bund, Land, Kommune



Befunde zur Aufgabenzuschreibung Bund, Land, Kommune

Fazit

- Überwiegend kritische Sicht auf politische Akteure der Bundesebene, welche die Sondersituation von ländlichen Räumen oft zu wenig berücksichtigen würden
- Vielmehr werde bei der Ausgestaltung von Gesetzen und Programmen eher ein *Referenzmodell ‚Stadt‘* zugrunde gelegt
- Bei den Akteuren wird angesichts sinkender Einwohnerzahlen ein Rückzug übergeordneter Ebenen konstatiert, der von der Landkreis- und Gemeindeebene aufgefangen werden müsse
- Insgesamt wird die Bundesebene jedoch als die Instanz wahrgenommen, von der ein stärkeres Engagement im Handlungsfeld Demografie erwartet wird